



Kims Lieblingspielzeug.

KARIKATUR: TOMICEK

LEITARTIKEL

# G 20: Eine maximal gemischte Bilanz



VON CHRISTOPHER ZIEDLER

- Die deutsche G-20-Präsidentschaft endet heute
- Bundesregierung trotz der Gewaltexzesse in Hamburg zufrieden
- Argentinien übernimmt den Staffelstab

Mit großen Ambitionen gestartet, kam dem deutschen G-20-Vorsitz, der heute endet, die Vereidigung Donald Trumps zum US-Präsidenten dazwischen. Ihm ist die Vorstellung völlig fremd, dass alle Seiten von guter globaler Kooperation profitieren könnten. So wurde so manches ehrgeizige G-20-Zukunftsprojekt, das trotz der gewalttätigen Proteste gegen den Hamburger Gipfel das Licht der Welt erblickte, vollständig vom Versuch überlagert, Trump wenigstens ansatzweise in die bisherige Weltordnung einzubinden. Die Investitions-offensive für Afrika, die Stärkung der Weltgesundheitsorganisation im Kampf gegen Pandemien oder der neue Fördertopf für Firmengründerinnen in Entwicklungsländern rückten in den Hintergrund. Es blieb kaum Zeit, um die Globalisierung gerechter zu machen, vor allem musste verzweifelt versucht werden, den multilateralen Politikansatz insgesamt zu verteidigen, den Trump so radikal infrage stellt.

Ein bisschen ungerecht ist es also schon, wenn das Globalisierungskritische Netzwerk Attac „Versagen auf ganzer Linie“ sieht. Genauso aber gehört eine Menge Schönfärberei dazu, wenn die Bundesregierung nun verkündet, die G-20-Runde habe „sich auch unter den herausfordernden Bedingungen des Jahres 2017 bewährt und arbeitsfähig gezeigt“. Erreicht wurde im Prinzip, dass der ganz große Eklat ausblieb. Trump trug die Hamburger Abschlusserklärung mit, obwohl es offenen Dissens beim Bekenntnis zum Pariser Weltklimavertrag gab und damit auch ein Weiters bei der internationalen Finanzmarktregulierung, die Kritikern lange nicht genügt, andererseits bisherige Fortschritte nach der Finanzkrise nicht untergräbt. Der massive Stahlstreit mit China musste zur Rettung des Gipfeltreffens an Fachleute ausgelagert werden. Er ist noch nicht gelöst, aber immerhin deeskaliert worden.

Zu einfach wäre es freilich, die bestenfalls gemischte Bilanz allein

auf Donald Trump zu schieben. Auch andere internationale Akteure wie Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdogan, aber auch Theresa May tragen Verantwortung für Instabilitäten unterschiedlichster Ausprägung. Und nicht zuletzt verhält sich Deutschland selbst auf der Weltbühne nicht nur vorbildlich. In der Klimapolitik etwa haben die „Jamajka“-Sondierungen gezeigt, wie weit auch in Deutschland Theorie und Praxis im Kampf gegen die Erder-

## Erreicht wurde im Prinzip allein, dass der ganz große Eklat ausblieb.

wärmung auseinanderklaffen. Überhaupt nichts ist wiederum passiert nach Merkels Ankündigung, die hoch umstrittenen europäischen Wirtschaftsabkommen mit afrikanischen Staaten auf den Prüfstand zu stellen, weil einheimische Produzenten gegen EU-Produkte häufig den Kürzeren ziehen. Die USA haben kein Monopol auf Heuchelei in der Handelspolitik.

Zwischen dem Ansehen Deutschlands wie seiner Kanzlerin in der Welt und der innenpolitischen Bewertung hat sich zuletzt zu dem eine immer größere Kluft aufgetan. Die Bundesrepublik, zuvor als Stabilitätsanker gefeiert, hat zurzeit nur eine geschäftsführende Regierung mit eingeschränkter Gestaltungskraft. Merkel, auf weiten Teilen des Globus als verbliebene Verteidigerin westlicher Werte verehrt, polarisiert mittlerweile zu Hause stark. Ihre politische Zukunft bleibt ungewiss. Mit Stabilität hat das im Augenblick nicht viel zu tun.

nachrichten@freipresse.de

# Es kann nur einen geben

In der CSU tobt ein Machtkampf um die Nachfolge Horst Seehofers als bayerischer Ministerpräsident. Es spitzt sich wohl zu auf das Duell Markus Söder gegen Joachim Herrmann. Oder gibt es doch noch eine Überraschung? In Bayern ist nichts unmöglich.

VON STEPHAN LORENZ

CHEMNITZ/MÜNCHEN – „Wenn Bayern das Paradies ist, dann sieht sich Horst Seehofer als der Erzengel Gabriel, der mit flammendem Schwert den bayerischen Garten Eden bewacht. Ihn vor allen Gefahren beschützt – ob vor Länderfinanzausgleich, Einheitsschulen oder schlechtem Bier“, sagte einst der Münchner Politikexperte Werner Weidenfeld über den bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer.

In diesen Tagen muss der „Erzengel“ Seehofer gegen Chaos, Misstrauen, Wut und Enttäuschung in der eigenen Partei kämpfen. Die CSU ist maximal in Aufruhr. In spektakulärer Art und Weise taumelt die Partei der Entscheidung über Seehofers Erbe entgegen – Ausgang offen. Wird es am kommenden Montag in der Landtagsfraktion und dann im Parteivorstand eine Kampf-Abstimmung über die Spitzenkandidatur geben – zwischen Finanzminister Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann? Sicher ist nur, dass es ein geheimes Treffen von prominenten Söder-Gegnern in der Staatskanzlei gegeben hat, bei dem Herrmann seinen Hut in den Ring geworfen haben soll. Herrmann selbst lehnte eine klare öffentliche Aussage dazu bisher ab.

Auch der Münchner Politikprofessor Stefan Wurster mochte gestern nicht darüber spekulieren. In dieser Geschichte habe es schon zu viele Wendungen gegeben. „Beide sind Franken. Das passt zumindest. Wenn der Oberbayer Seehofer Parteichef bleibt, ist dem CSU-Proporz Genüge getan. Und falls Herrmann häufig den Kürzeren ziehen. Die USA haben kein Monopol auf Heuchelei in der Handelspolitik.“

Es kann also nur einen Franken in der CSU-Spitze geben. Warum aber ist der regionale Proporz so wichtig? Wurster: „Die CSU ist als Volkspartei in den verschiedensten Regionen Bayerns verstreut. Daher wird dieser Proporz unbedingt eingehalten, um alle Regionen des



Wer gewinnt das Duell in der CSU: Bayerns Finanzminister Markus Söder oder ....



... Joachim Herrmann, derzeit Bayerns Innenminister.

FOTOS: SVEN HOPPE UND ALEXANDER HEINL/DPA

Freistaates zu repräsentieren.“ Worin aber unterscheiden sich Söder und Herrmann eigentlich? „Grundsätzlich steht Herrmann trotz seines Law-and-Order-Images eher für eine integrative Strategie, Söder steht für Polarisierung“, so Wurster. Seine Gegner sagen, für zu viel Polarisierung. Mit ihm, so die Befürchtungen, könne die Volkspartei CSU bei Wahlen nicht alle Lager ansprechen. Ihm wird nicht zuge- traut, die gleiche breite Integrationswirkung zu entfalten wie zum Beispiel Herrmann.

Der wäre schon ein veritabler Kandidat, heißt es allgemein. Der Innenminister wird in der Fraktion, deren Chef er in früheren Jahren war, überaus geschätzt. Der 61-jährige gilt in Parteikreisen als Seehofers Mann für alle Fälle. Er ist einer seiner wichtigsten Unterstützer. Persönliche Interessen hat Herrmann in der Vergangenheit immer wieder zurückgestellt, wenn es aus seiner Sicht ums große Ganze ging. So etwa, als er sich zur Spitzenkandida-

tur für die Bundestagswahl bereit erklärte. Wenn Seehofer über den Franken spricht, kommt er genau deshalb ins Schwärmen. Im Wahlkampf stand Herrmann vor allem für das Thema Innere Sicherheit. Dass die CSU am Ende so abstürzte, ohne das Erstarren der AfD aufhalten zu können, muss sich auch Herrmann ankreiden lassen.

Sein Kontrahent Markus Söder ist daher weiter Favorit auf das Amt des Ministerpräsidenten. Sein gnadenloser Wille, ganz nach oben zu kommen, hat dem 50-jährigen aber schon oft geschadet. Von Ehrgeiz zerfressen sei er, ätzte Seehofer vor Jahren einmal auf einer CSU-Weihnachtsfeier. Seitdem kämpft der Noch-Landesvater gegen seinen unerwünschten Kronprinzen.

Der frühere Fernsehjournalist Söder, der in seinem Jugendzimmer ein Poster von Franz Josef Strauß hängen hatte, war schon mit 27 Jahren Landtagsabgeordneter, später CSU-Generalsekretär und Minister für so ziemlich alles – erst Europa,

dann Umwelt und Gesundheit und schließlich Finanzen. Dieses Ministerium ließ er zugleich umbenennen in Ministerium für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat. Ein geschickter PR-Schachzug für Söder, sich als volkstümlicher Bayer zu präsentieren. Als „Heimatminister“ will er an die Fundamente Bayerns anknüpfen: Tradition und Brauchtum.

Wenige Tage noch, dann dürfte der Machtkampf entschieden sein. Dass Seehofer als Ministerpräsident aufhört, gilt als gesetzt – die Frage ist nur noch, ob erst zur Wahl oder schon vorher. Und offen ist noch, ob er noch einmal als Parteichef weitermacht. Die größte Frage zurzeit aber ist: Wird es das Duell Söder-Herrmann tatsächlich geben? Falls ja, dann nur in der Fraktion? Oder erst auf dem Parteitag? Die denkwürdigen Chaos-Wochen in der CSU, sie sind noch nicht zu Ende. Erzengel Gabriel dürfte sich schon längst mit Grausen abgewendet haben. (mit dpa)

# Ein Jahr G-20-Vorsitz: Kaum Fortschritte

Es ist eine weltpolitische Führungsrolle, die man nur alle 20 Jahre bekommt. Deutschland hat in den vergangenen zwölf Monaten die G 20 angeführt. Was hat es gebracht?



Für die kommenden 12 Monate lenkt Argentinien die G-20-Geschicke - im Bild Argentinien's Präsident Mauricio Macri. FOTO: CORTESIA/NOTIMEX/DPA

BERLIN – Deutschland hat die Präsidentschaft der Gruppe der 20 wichtigsten Industriestaaten (G20) gestern an Argentinien übergeben. Die Bundesregierung zeigte sich zufrieden mit ihrer Präsidentschaft. Doch was sie tatsächlich gebracht?

Für das Klima: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat es geschafft, US-Präsident Donald Trump nach seinem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen zu isolieren und fast alle anderen G-20-Partner auf den Kampf gegen den Klimawandel einzuschwören. Allerdings

fehlen weiter nationale Pläne, wie die Klimaziele erreicht werden können. Bei der Weltklimakonferenz in Bonn kam diesen Monat zumindest ein Entwurf für ein Regelwerk zur Umsetzung des Abkommens heraus. Mit seiner Abhängigkeit von der Kohle droht nun ausgerechnet Deutschland seine Klimaschutzziele selbst deutlich zu verfehlen. Auch erhöht der größte Klimawandel China seinen CO2-Ausstoß in diesem Jahr um 3,5 Prozent. Weltweit geht es um zwei Prozent hoch.

Für den Welthandel: Deutschland konnte nicht verhindern, dass Trump mit seiner „America First“-Politik das multilaterale Welthandelssystem untergräbt. Der neue US-Präsident stieg als Erstes aus dem geplanten Freihandelsabkommen der Transpazifischen Partnerschaft aus, stellt auch andere Abkommen infrage und will lieber bilateral neu verhandeln. Die Gefahr von Handelsstreitigkeiten wächst. In der Stahlkrise drohen die USA mit Strafzöllen gegen China, aber auch Euro-

pa und Deutschland. Wegen des hohen Handelsdefizits der USA mit China drohen neue Spannungen zwischen den Volkswirtschaften.

Für den Weltfrieden: G 20 ist kein Gesprächsformat, in dem die großen Krisen dieser Welt gelöst werden können. Ein Gipfel kann allenfalls Impulse setzen, so wie mit der Hamburger Einigung von Trump und Russlands Präsident Wladimir Putin auf einen Waffenstillstand in Syrien. Insgesamt ist die Welt aber auch im Jahr der deutschen Präsidentschaft unsicherer geworden. Das Säbelrasseln zwischen Nordkorea und den USA hat dazu geführt, dass die Gefahr eines Atomkriegs so groß erscheint wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Das Atomabkommen mit dem Iran wackelt. Der Wettbewerb zwischen dem Iran und Saudi-Arabien um die Vormacht in Nahost wird bedrohlicher. Trumps außenpolitischer Schlingerkurs sorgt für weltpolitische Verunsicherungen. (dpa)

Leitartikel

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261 Telefon: 0371 6560 Telefax Redaktion: 0371 656-17084 Telefax Anzeigen: 0371 656-17077 Internet: www.freipresse.de E-Mail: die.tageszeitung@freipresse.de Geschäftsführer: Ulrich Lingnau Chefredakteur: Torsten Kleditzsch (verantwortlich für den redaktionellen Teil) Stellvertretende Chefredakteure: Udo Lindner, Jana Klameth Mitglied der Chefredaktion: Sascha Aurich Anzeigenleitung: Gesamt: Tobias Schniggenfittig (verantwortlich für den Anzeigenteil) National: Alexander Arnold Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 29,90 € frei Haus und ist im Voraus zu bezahlen, bei Postbezug im Inland 37,90 €, jeweils einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen. Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.